01.11.2016

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung

Erstes Grünbuch zur Flüchtlingspolitik: Massive Kritik an Diskriminierung

KIEL Hilfsorganisationen in Schleswig-Holstein haben die ihrer Meinung nach deutlich verschärfte Flüchtlingspolitik des Staates als diskriminierend verurteilt und die zunehmende Gewalt gegen Flüchtlinge angeprangert. Mit gekürzten Sozialleistungen und verschärften Gesetzen werde auf Abschreckung statt auf Integration gesetzt, kritisierten die Verbände, darunter die Diakonie und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Sie stellten gestern das erste „Grünbuch 1.0" zur Flüchtlingspolitik vor. Anlass ist die Flüchtlingskonferenz der Landesregierung am 9. November in Lübeck.

Positiv erinnert das „Grünbuch" an die erste Landes-Flüchtlingskonferenz im Frühjahr 2015 in Kiel und den dabei verabschiedeten Flüchtlingspakt als „Paradigmenwechsel" bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Torsten Döhring, Vize-Zuwanderungsbeauftragter des Landes, resümierte: „Für eine Notsituation war die Organisation insgesamt in Ordnung. Nunmehr ist aber gefordert, dem Motto des Flüchtlingspaktes gemäß Integration vom ersten Tag allen Flüchtlingen zu ermöglichen."

Eine getrübte Zwischenbilanz zog Martin Link, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein. Die Flüchtlinge befänden sich in der Schraubzwinge eines zunehmenden gesellschaftlichen Rassismus und einer restriktiven Flüchtlings- und Rechtspolitik des Bundes. Im „Grünbuch" heißt es: „Rassismus ist salonfähig geworden." Besonders manifestiere sich Diskriminierung von Geflüchteten aber in Gesetzen.

Massive Kritik übt das „Grünbuch" an der vom Kieler Innenministerium geplanten „Landesunterkunft für Ausreisepflichtige" – gemeint sind vor allem abgelehnte Asylbewerber. Diese wird nach Angaben des Innenministeriums voraussichtlich in den nächsten Monaten eröffnet. *lno*